

Nachfolgeplanung

Grundsätze zur steuerlichen Optimierung der Nachfolge

Nicht zuletzt aufgrund des anstehenden Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungsmäßigkeit einzelner erbschaftssteuerlicher Regelungen, sollte noch die Zeit genutzt werden, um eine in erbschaftssteuerlicher Hinsicht optimierte Nachfolgeplanung anzugehen. Denn nahezu alle künftigen gesetzlichen Änderungen des Erbschaftssteuergesetzes dürften dabei eine erhebliche Mehrbelastung bei Tatbeständen im Sinne dieses Gesetzes haben. Hierzu haben wir nachfolgend die wichtigsten Grundsätze einer erbschaftssteuerlich optimierten Nachfolge dargestellt:

A. Vorteile des Betriebsvermögens gegenüber Privatvermögen

Die (künstliche) Schaffung von Betriebsvermögen hat in erbschaftssteuerlicher Hinsicht enorme Vorteile gegenüber dem Privatvermögen. Denn derzeit gewährt der Gesetzgeber für Betriebsvermögen noch einen (zusätzlichen) Freibetrag in Höhe von Euro 225.000,00 und einen Bewertungsabschlag in Höhe von 35 %. Darüber hinaus wird das Betriebsvermögen unabhängig vom Verwandtschaftsgrad stets mit der günstigen Steuerklasse I besteuert.

Die Schaffung von Betriebsvermögen lässt sich auch im privaten Bereich durch die Gründung einer sog. gewerblich geprägten Personengesellschaft (GmbH & Co. KG) erzielen, in die die privaten Vermögenswerte, wie Immobilien, Wertpapiere oder Barvermögen eingebracht werden. Bei nachfolgenden Übertragungen können dann die oben beschriebenen Vergünstigungen in Anspruch genommen werden.

Entgegen operativem Betriebsvermögen entstehen für die Gesellschafter keinerlei haftungsrechtliche Konsequenzen, da in der Gesellschaft lediglich das Vermögen verwaltet wird.

Diese Möglichkeit bietet sich dabei speziell für Familien an, welche bereits zu Lebzeiten Vermögenswerte auf die Nachfolgeneration übertragen wollen.

B. Richtige Rechtsformwahl bei operativen Unternehmen

Auch die Rechtsformwahl bei operativen Unternehmen kann in erbschaftssteuerlicher Hinsicht ein entscheidender Faktor sein. So wird bei Personengesellschaften (bspw. oHG, KG, GmbH & Co. KG) für die Ermittlung der Erbschaftssteuer das anteilige Eigenkapital zu Grunde gelegt. Dieses bemisst grundsätzlich sich aus den Buchwerten der Aktiva abzgl. der Verbindlichkeiten.

Bei Kapitalgesellschaften (z.B. GmbH) stellt sich die Wertermittlung ungünstiger dar. Sofern, wie im Mittelstand der Regelfall, kein börsennotierter Wert festgestellt werden kann, bemisst sich der erbschaftssteuerlich relevante Wert nach dem sog. Stuttgarter-Verfahren. Wesentlicher Unterschied zu der Bewertung der Personengesellschaften ist, dass neben dem Substanzwert der Kapitalgesellschaft auch noch deren Ertragswert, also die Gewinnaussichten in die Bewertung einfließen. Dies wird insbesondere bei ertragsreichen Kapitalgesellschaften zu wesentlich höheren Bewertungen als bei vergleichbaren Personengesellschaften führen.

Der grundsätzliche Nachteil der Personengesellschaft zur Kapitalgesellschaft in ertragssteuerlicher Hinsicht, wird durch die Gewerbesteueranrechnung bei Gesellschaftern einer Personengesellschaft wieder ausgeglichen.

Insofern ist unter erbschaftssteuerlichen Gesichtspunkten auch ein möglicher Rechtsformwechsel in Betracht zu ziehen, sofern aus unternehmensstrategischen Gründen einer solcher möglich ist.

C. Vorteile von Immobilienvermögen

Das Bundesverfassungsgericht wird mit aller Wahrscheinlichkeit die derzeitige Bewertung des Immobilienvermögens für verfassungswidrig erklären, da die erbschaftssteuerlich relevante Bewertung von Grundvermögen nur ca. 50 – 60 % des tatsächlichen Verkehrswertes darstellt. Dennoch bzw. gerade deshalb, sind Investitionen und die anschließende Übertragung von Immobilienvermögen derzeit noch dringend anzuraten. Weiterer Vorteil ist, dass die mit der Immobilie in Zusammenhang stehenden Verbindlichkeiten bei der Bemessungsgrundlage in Abzug zu bringen sind. Insofern können nach derzeitiger Rechtslage im Gegensatz zu Bar- oder Wertpapiervermögen noch erhebliche Werte an Immobilienbesitz übertragen werden, ohne dass in wesentlicher Höhe Erbschaftssteuer/Schenkungssteuer generiert wird.

D. Vermögensausgleich zur optimierten Freibetragsnutzung

Unter bestimmten Voraussetzungen kann es sinnvoll sein, zwischen den Eheleuten einen Vermögensausgleich herbeizuführen, so dass bei späteren Schenkungen oder im Erbfall die Freibeträge der Eltern zur Nachfolgeneration vollständig ausgeschöpft werden.

Hierzu bietet sich insbesondere die steuerfreie Übertragung des von den Eheleuten selbstgenutzten Hauses/Wohnung an den Ehepartner an, sofern die Immobilie ausschließlich einem der beiden Ehegatten gehört.

E. „Generation Skipping“

Eine weitere Möglichkeit der Optimierung stellt das sog. „Generation Skipping“ dar. Hierunter ist die unmittelbare Übertragung auf die Enkelgeneration zu verstehen. Mit dieser Gestaltung wird erreicht, dass aus zwei steuerpflichtigen Erbfällen nur eine steuerpflichtige Übertragung wird. Das heißt, dass durch Auslassung der Zwischengeneration Vermögenswerte direkt auf die Enkelgeneration übertragen werden. Sofern eine, wie bereits oben angesprochen, Familiengesellschaft besteht, kann der tatsächliche Einfluss der Enkelgeneration durch gesellschaftsvertragliche Regelungen je nach Bedarf minimiert werden.

F. Übertragungen zu Lebzeiten

Je früher lebzeitige Übertragungen von Vermögensteilen im Wege der vorweggenommenen Erbfolge in Angriff genommen werden, je besser kann in erbschaftssteuerlicher Weise eine Optimierung generiert werden. Denn einerseits unterliegen mögliche Wertzuwächse nicht mehr einer späteren Besteuerung, da die Vermögenswerte bereits im Eigentum der Beschenkten stehen. Weiterhin können unter Ausnutzung der 10-Jahres-Frist um so mehr Schenkungen vorgenommen werden, je früher mit der aktiven Nachfolgeplanung begonnen wurde.

Um die wirtschaftliche Absicherung der übertragenden Generation zu gewährleisten, bieten sich regelmäßig Nießbrauchsrechte zugunsten der Schenker an. Hierdurch wird erreicht, dass einerseits bereits Vermögen übertragen, andererseits eine wirtschaftliche Verschlechterung der Schenker vermieden wird.

Sofern der Weg einer Familien-Personengesellschaft gewählt wird, lässt sich diese Gestaltung optimal auch für die Übertragung von Gesellschaftsanteilen nutzen. Die Einflussnahme der Beschenkten kann durch jeweilige Ausgestaltung der Gesellschaftsverträge individuell angepasst bzw. beschränkt werden.

G. Nutzung von Stundungseffekten

Durch die vorzeitige Übertragung von Vermögenswerten unter Nießbrauchsvorbehalt kann ein weiterer erbschaftssteuerlicher Vorteil genutzt werden: Die Erbschaftssteuer wird beim Schenker zwar ohne die Last des Nießbrauchs festgesetzt, jedoch wird der auf den Nießbrauch entfallende Teil der Erbschaftssteuer zinslos gestundet. Die hierauf entfallende Steuer wird erst mit Beendigung des Nießbrauchs (regelmäßig mit Tod des

Schenkens) fällig. Der hierdurch erlangte Stundungseffekt kann im Verhältnis zu nießbrauchslosen Übertragungen durchaus wesentliche Vorteile mit sich bringen.

Oben ausgeführte Punkte stellen dabei nur eine Auswahl möglicher Gestaltungen dar. Gerade vor dem Hintergrund des sich zukünftig verändernden Erbschaftssteuerrechts sollten daher möglichst noch alle derzeit zur Verfügung stehenden Möglichkeiten genutzt werden, um eine optimierte Nachfolgeplanung in Angriff zu nehmen.

KANZLEI FÜR RECHT UND STEUERN
SHP Schneck, Hofmann & Partner
Rechtsanwälte Steuerberater